

PROF HALLSTEIN 1946

## »Erziehung zu unablässiger Kritik und verantwortlichem Nach-Denken der überkommenen Gedanken«

Neubeginn nach Diktatur und Krieg –  
Rektor Walter Hallstein und sein Plädoyer  
für eine freie Universität

von Barbara Wolbring

Für Hochschulräte mitten aus der Gesellschaft gab es in Hallsteins Universitätskonzept keinen Platz. Die Autonomie der Stiftungsuniversität wäre dagegen schon in seinem Sinne gewesen. Besonders am Herzen lag dem ersten gewählten Rektor nach Kriegsende, dass Forschung und Lehre eng verbunden werden.

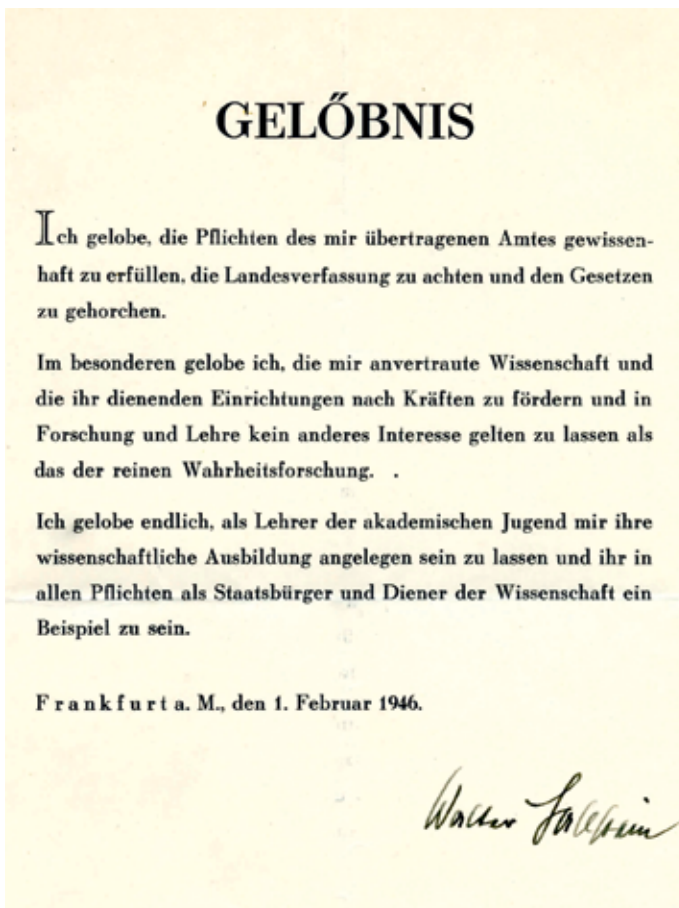
**D**as Wesen der Hochschule besteht in der Einheit von Forschung und Lehre, die nicht bloss die Addition von zwei Funktionen ist, sondern eben eine Einheit.« Für den Juristen Walter Hallstein (1901–1982), der von 1946 bis 1948 erster frei gewählter Rektor der Goethe-Universität nach dem Zweiten Weltkrieg war, machte dies den Kern der Universität aus. Dieser Grundüberzeugung versuchte er nach dem Nationalsozialismus wieder Geltung zu verschaffen und sie gegen Reformabsichten zu verteidigen, die auf eine stärkere politische Kontrolle der Universitäten zielten. Nur in Freiheit könne Freiheit entstehen, lautete sein Argument. Zur intellektuellen Neuorientierung Deutschlands könne die Universität entscheidend beitragen, wenn sie das Prinzip der freien

Wissenschaft wieder in den Mittelpunkt stelle: in der Forschung und gemeinsam mit den Studierenden in der Lehre.

### Hallsteins Weg nach Europa

Bekannter als seine universitätspolitische Bedeutung ist heute allerdings die Rolle, die Hallstein in der Außenpolitik der frühen Bundesrepublik und in der Europapolitik spielte. 1950 wurde er unter Konrad Adenauer, der neben dem Amt des Bundeskanzlers auch das des Außenministers innehatte, Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Hier widmete er sich besonders dem neuen Europa. Hallstein leitete die deutsche Delegation bei den Verhandlungen zum Schumann-Plan, der zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte und

**1** Walter Hallstein bei Antritt seines Rektorats. Zeichnung von Klaus Meyer-Gasters für die erste Ausgabe der »Frankfurter Neuen Presse« am 16. April 1946.



2

2 Dieses Gelöbnis unterschrieb Walter Hallstein im Februar 1946 – bereits einen Monat später, im März 1946, wählte ihn der Große Senat der Universität zum Rektor. Er war damit der Erste, der nach dem Ende des Nationalsozialismus durch freie Wahl in dieses Amt gelangte.

3 Seit 1941 hatte Hallstein einen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt inne. Dieses Foto dürfte in seiner Frankfurter Zeit nach dem Krieg entstanden sein.

den Prozess der europäischen Integration einläutete. 1958 wurde er zum ersten Kommissionspräsidenten der Europäischen (damals Wirtschafts-)Gemeinschaft gewählt und hatte dieses Amt bis 1967 inne.<sup>1</sup> Trotz des Engagements für



3

Europa ist sein Name bis heute vor allem mit der »Hallstein-Doktrin« verbunden, mit der die Bundesrepublik die DDR international zu isolieren versuchte.

### »Lageruniversität« in den USA: Nachdenken lernen unter extremen Bedingungen

Bevor er seine politische Karriere begann, spielte Hallstein eine zentrale Rolle in den politischen Auseinandersetzungen um die Neugestaltung des Hochschulwesens.<sup>2</sup> Erst ein halbes Jahr nach Kriegsende, im November 1945, kehrte er aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft in das zerstörte Frankfurt zurück. Seit 1941 hatte er hier den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht inne. Gegen seine Berufung meldete der NS-Dozentenbund 1940 »sehr starke Bedenken« an, obwohl er »wissenschaftlich durchaus geeignet« sei.<sup>3</sup> Die Rechtswissenschaftliche Fakultät um den Dekan Wilhelm Claß beharrte dennoch auf ihrem Vorschlag. Unter den infrage kommenden Gelehrten rangierte er so eindeutig an erster Stelle, dass dagegen alle Bedenken zurückzustellen seien. Hallstein galt nach 1945 als vollständig unbelastet. Er war nicht aktiv im Widerstand tätig gewesen, hatte aber versucht, in seinem Wirkungsbereich die Ideologie möglichst zurückzudrängen gegenüber sachlichen und fachlichen Kriterien und so Grundsätze der Universität zu bewahren. In Rostock, wo Hallstein von 1930 bis 1941 lehrte, sei allgemein bekannt gewesen, dass er »mit dem Regime überhaupt nichts im Sinne« hatte, berichtet der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) in seinen Lebenserinnerungen.<sup>4</sup> Ihn hat Hallstein als Studenten in einer brenzligen Situation vor der Exmatrikulation bewahrt.

1942 wurde der 41-jährige Hallstein zum Kriegsdienst eingezogen und kam im Juni 1944 an der Westfront in amerikanische Gefangenschaft. Im Kriegsgefangenenlager in den USA nahm er seine Tätigkeit als Hochschullehrer wieder auf und organisierte eine Lageruniversität, deren Kurse 400 der 1000 Gefangenen besuchten.<sup>5</sup> Es war sein Ziel, aus ehemaligen Soldaten »Studenten und, wenn möglich, denkende Menschen zu machen«. Dies erschien ihm umso dringlicher, als dieses Lager ein »ausgesprochenes Nazi-Lager« war. Zunächst schritten die amerikanischen Behörden Hallsteins Angaben zufolge auch nicht ein, als die Nazi-Aktivisten im Lager Gewalt gegen politische Gegner ankündigten. Er habe sich daher mit Gleichgesinnten eine Zeit lang nachts verbarrikadieren müssen.<sup>6</sup>

Der nationalsozialistischen Ideologie, der Autoritätshörigkeit und dem soldatischen Prinzip von Befehl und Gehorsam setzte Hallstein in seiner Rede zur Eröffnung der Lageruniversität



am 15. Oktober 1944 das Prinzip der Wissenschaft entgegen.<sup>7</sup> Wissenschaft sei »Erkenntnis aus Gründen«, sie erfordere Diskussion, das Abwägen von Argumenten für eine Erkenntnis, die jederzeit durch bessere Gründe überwunden werden könne. Unkritisches Hinnehmen und Auswendiglernen sei mit dem Prinzip der Wissenschaft nicht vereinbar.<sup>8</sup>

#### **Blick über die Grenzen – Voraussetzungen für kritisches Denken**

Geistige Selbstständigkeit, Analyse und Kritikfähigkeit galten bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert als das intellektuelle Erziehungsziel der Universitäten. Und doch: Die Universitäten hatten den Nationalsozialismus nicht aufgehalten, sondern ebenso wie »nahezu alle öffentlichen Instanzen, auf die es ankam, versagt«, wie Hallstein

1947 öffentlich bekannte.<sup>9</sup> Dass ein Zurück zum wissenschaftlichen »Normalbetrieb« allein nicht ausreichen würde, um aus ideologisch indoktrinierten ehemaligen Soldaten kritisch denkende Staatsbürger einer Demokratie zu formen, war Hallstein klar. Zusätzlich bräuchte es eine geistige Öffnung, neue Impulse und Anregungen.

Wie entscheidend solche Impulse waren, hat er selbst während eines zweimonatigen Schulungskurses für künftige Führungskräfte erfahren, zu dem nur ein Prozent der Kriegsgefangenen von den Amerikanern ausgewählt worden war. Die Beschäftigung mit dem amerikanischen Blick auf die Geschichte und die Verfassung der USA beeinflussten ihn stark. Um eine ähnliche Erfahrung den Frankfurter Studierenden zu ermöglichen, führte er als Rektor den »dies academicus« ein, bei dem Professoren aus ihrem jeweiligen Gebiet Vorträge für Hörer aller Fachbereiche hielten. Diese Chance zu einer Art »studium generale« sollte die Interdisziplinarität fördern und Anregungen über die Fachgrenzen hinweg geben. Gleichzeitig öffnete sich die Universität auch wieder der Gesellschaft: Frankfurter Bürger, viele von ihnen nach der Herrschaft der Nazis nach neuer Orientierung suchend, nahmen das Angebot, die Vorträge zu besuchen, offen auf.

In dieser Aufbruchphase nach dem Zweiten Weltkrieg war Hallstein der Kontakt mit dem Ausland besonders wichtig. Die Wissenschaft in Deutschland brauche »nichts dringender [...] als die Befreiung aus der nationalen Isolierung der

**4** Ankunft der Delegation von der University of Chicago in Frankfurt 1948. Wieder internationale Kontakte aufzubauen, war Hallstein als Rektor und Wissenschaftler nach der Zeit des Nationalsozialismus sehr wichtig.

**5** Walter Hallstein gehörte zu den Architekten des neuen Europas. Hier ist der Staatssekretär (2. von links) mit Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) und dem französischen Staatssekretär Maurice Schumann und dem französischen Außenminister Robert Schuman bei einer Sitzung des Europa-Rates in Paris am 20. März 1952.



5

**6** Walter Hallstein als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im September 1957. Damals arbeitete er gerade an dem EWG-Vertrag. Im Januar 1958 wurde er dann zum Präsidenten der ersten Kommission der neu gegründeten EWG gewählt.

letzten anderthalb Jahrzehnte«, war er überzeugt.<sup>10</sup> Deshalb begrüßte er die Initiative der Chicagoer Universität, die bereit war, als Partneruniversität regelmäßig Gastdozenten nach Frankfurt zu entsenden und deutsche Professoren aufzunehmen. Im Frühjahr 1948 begann der Austausch mit Chicago, und Hallstein bezeichnete ihn in seinem Rechenschaftsbericht als Rektor als ein entscheidendes Element zur Erneuerung der Universität. Auch er selbst suchte weiter Anregungen in den USA und folgte im September 1948 einer Einladung der Georgetown Universität in Washington. In Briefen und Berichten zeigte er sich beeindruckt von dem freieren Umgangston und dem lebendigeren Vortragsstil der Vorlesungen. Er sei »mehr überzeugt als vorher«, schrieb er aus Washington einem Kollegen, »dass wir auf dem speziellen Gebiet des Rechtsunterrichts einiges lernen können«.<sup>11</sup>

### **Anforderungen an ein neues Hochschulsystem: Selbstverwaltung soll Freiheitsräume sichern**

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, die alle Lebens- und Verwaltungsbereiche durchdrungen hatte, stand die Erneuerung eigenständiger universitärer Strukturen ganz



**6**

oben auf Hallsteins Agenda. Er strebte eine Weiterentwicklung des Hochschulsystems an, das sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hatte. Schon vor 1933 hätten die staatlichen Behörden über allzu starke Zugriffsrechte verfügt, so dass es dem Nationalsozialismus möglich war, »mit ein paar Korrekturen das in der Selbstverwaltung sich ausdrückende demokratische Grundprinzip zu beseitigen«.<sup>12</sup> Eine Reform sollte daher Freiheitsräume wiederherstellen und institutionell absichern. Hallsteins Ziel bestand darin, für die Hochschulen ein Selbstverwaltungsrecht zu erlangen, das weiter ging als vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Das betraf vor allem das Selbstergänzungsrecht der Universitäten, das Recht also, über die Besetzung der Professorenstellen zu entscheiden. Die hessische Landesregierung hingegen misstraute den Universitäten. Sie warf ihnen vor, nationalsozialistisch belastete Professoren zu schützen und eine personelle Erneuerung zu verhindern. Der hessische Kultusminister Erwin Stein (CDU) plante daher, die Universitäten stärkerer staatlicher Kontrolle zu unterstellen und die Eingriffsrechte des Ministeriums in das Selbstverwaltungsrecht insbesondere bei Berufungen auszuweiten. Kein Wunder, dass es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Hallstein und Kultusminister Stein kam.<sup>13</sup> Neben stärkerem Einfluss in Berufungsfragen plante er auch die Einsetzung staatlicher Kuratoren in den Universitätsverwaltungen. In der Diskussion waren auch Universitätsräte aus Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, ähnlich wie bei den Rundfunkräten einiger öffentlich-rechtlicher Sender.<sup>14</sup>

Unter Hallsteins Vorsitz hat der Sachverständigenausschuss für die Länder der amerikanischen Besatzungszone im Dezember 1947 die »Schwalbacher Richtlinien« formuliert. Darin lehnten die Ausschussmitglieder zusätzliche



### **Die Autorin**

**Privatdozentin Dr. Barbara Wolbring, 49**, lehrt Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität. Sie ist Koordinatorin des Zentrums Geisteswissenschaften im Qualitäts-pakt Lehre – Programm »Starker Start ins Studium«. Derzeit vertritt sie einen Lehrstuhl am Karlsruher Institut für Technologie. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Bildungs- und Universitätsgeschichte und die Kulturgeschichte des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Erinnerungskultur, kollektive Identität und Öffentlichkeit. In diesem Jahr ist ihre Habilitationsschrift erschienen: Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Die Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949), Göttingen 2014. (siehe Rezension, Seite 157)

[wolbring@em.uni-frankfurt.de](mailto:wolbring@em.uni-frankfurt.de)

Gremien für staatliche Hochschulen einmütig ab, die mit Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen besetzt waren. Denn sie würden entweder die universitäre Selbstverwaltung oder das staatliche Aufsichtsrecht beschneiden. Verantwortung für wichtige Fragen der Hochschulorganisation dürfe nicht auf Instanzen übertragen werden, die außerhalb der Hochschule stünden. Der Staat hingegen habe sich auf eine Aufsichtsrolle zu beschränken und sich nicht, wie dies etwa in Preußen durch den staatlichen Kurator der Fall war, an der Verwaltung der Universität zu beteiligen.

### Die »Schwalbacher Richtlinien«: Erste Schritte zur Überwindung der Ordinariuniversität

Die »Schwalbacher Richtlinien« hatten eine stärkere Einbeziehung der verschiedenen universitären Gruppen im Blick: Sie sahen vor, dass die Selbstverwaltung nicht mehr allein bei den Ordinariern liegen, sondern alle Lehrenden einbeziehen sollte. So sollten die beiden beamteten Professorengruppen, Ordinariern und Extraordinariern, gleichberechtigt in den Universitätsgremien vertreten sein. Auch für Honorarprofessoren, außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten war eine Beteiligung vorgesehen, bis zur Hälfte der Zahl der planmäßigen Professoren. Vertreter der Studentenschaft sollten bei der Behandlung studentischer Fragen (nicht allerdings bei Berufungen) hinzugezogen werden und auch Stimmrecht erhalten, lautete der Vorschlag. In den politischen Auseinandersetzungen spielten die »Schwalbacher Richtlinien« allerdings schon bald nur noch eine geringe Rolle. Andere Reformvorschläge, besonders das in der britischen Besatzungszone erstellte »Gutachten zur Hochschulreform«, stellten andere Themen in den Mittelpunkt, insbesondere die soziale Öffnung der Universitäten über das Bürgertum hinaus. Politiker wie der hessische Kultusminister Stein strebten eine stärkere politische Kontrolle der Universitäten an, die meisten Parlamentarier hingegen interessierten sich mehr für wirtschaftliche Fragen als für die Universitäten. In dieser Pattsituation blieben Reformversuche zunächst stecken.

Hallstein allerdings blieb dabei, dass eine weitgehende Selbstverwaltung der Universitäten unter Beteiligung der verschiedenen Statusgruppen die richtige Organisationsform für die Universitäten sei. Sie garantiere am besten die Freiheit der Wissenschaft. Noch wichtiger war ihm die Einheit von Forschung und Lehre als das zentrale Wesensmerkmal der Universität: »Der Professor soll forschend lehren und lehrend forschen.«<sup>15</sup> So würden die Studierenden Wissenschaft als »Methode ... nach strengen, nur aus der Sache selbst gewonnenen Regeln Erkenntnis zu gewinnen« erfahren. Die Uni-

versität müsse die Studierenden befähigen, die wissenschaftliche Methode anzuwenden und selbstständig zu denken. Das sei, so mahnte Hallstein auch an die eignen Kollegen gerichtet, »das Gegenteil der Vermittlung von Lehrmeinungen, vielmehr die Erziehung zu unablässiger Kritik und verantwortlichem Nach-Denken der überkommenen Gedanken«. ●

### Anmerkungen

**1** Aufgrund der Bedeutung Hallsteins in der Außen- und Europapolitik konzentriert sich die Literatur hierauf. Zuletzt mit ausführlicher Bibliografie: Ingrid Piela, Walter Hallstein – Jurist und gestaltender Europapolitiker der ersten Stunde. Politische und institutionelle Visionen des ersten Präsidenten der EWG-Kommission (1958–1967), Berlin 2012.

**2** Vgl. Manfred Heinemann (Hrsg.), Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, Berlin 1997, bes. S. 15 ff.

**3** Beglaubigte Abschrift des Schreibens des NSD-Dozentenbund Gaudozentenchaftsführers (Heinrich) Guthmann v. 14.11.1940, und 19.11.1940 in: UAF, Abt. 14 Nr. 190, Bl. 94v.

**4** Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981, S. 66.

**5** Matthias Schönwald, Hinter Stacheldraht – vor Studenten. Die »amerikanischen Jahre« Walter Hallsteins 1944–1949, in: Begegnung zweier Kontinente. Die Vereinigten Staaten und Europa seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Ralph Dietl und Franz Knipping, Trier 1999, S. 31–54.

**6** Walter Hallstein, Lebenslauf v. 15.11.1945, hdschriftl. u. m. schriftl. in: BA N 1266/271.

**7** BA N 1266/271. Teile dieser Rede hat Hallstein im Zusammenhang mit dem Entnazifizierungsfragebogen eingereicht, da ein Essay gefordert war zu dem Thema: »Über die soziale und politische Verantwortung der deutschen Hochschulen«.

**8** Antwort in einem Fragebogen der OMGUS Information Control Division v. 27.3.1948, Abschrift, in: BA N 1266/224.

**9** Walter Hallstein, Hochschule und Staat, in: Die Wandlung 2 (1947), S. 706–721, bes. S. 707.

**10** Walter Hallstein, Bericht des scheidenden Rektors Walter Hallstein bei der Rektoratsübergabe am 24. September 1948 (Frankfurter Universitätsreden, N.F. 3), Frankfurt am Main 1950, S. 18.

**11** Walter Hallstein an den Prorektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Wolfgang Kunkel, 20.12.1948, in: BA N 1266/1864.

**12** Walter Hallstein, Die Universitäten, deutsches Typoskript des dann in englischer Übersetzung erschienenen Beitrags The Universities, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 260 (1948), S. 155–167, in: BA N 1266/1666, S. 15.

**13** Diese Auseinandersetzungen bildeten den Hintergrund im sogenannten »Fall Brill«, vgl.: Barbara Wolbring, Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949), Göttingen 2014, S. 349 ff.

**14** So im sog. »Blauen Gutachten«: Studienausschuß für Hochschulreform, Gutachten zur Hochschulreform, Hamburg 1948; zuvor bereits im Gutachten einer Delegation der britischen Association of University Teachers: Die Universitäten in der

Britischen Zone Deutschlands, in: Die Sammlung 3 (1948), Beilage zu Heft 2 (zuerst in: The Universities Review Bd. 19, Nr. 3, Mai 1947).

**15** Walter Hallstein, Hochschule und Staat, in: Die Wandlung 2 (1947), S. 706–721, hier S. 716.